

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für die Provinz- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
für den Postbezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Ausland M. 3.25. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14 Tel. 1769
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der festsitzende Perzepte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 117.

Dresden, Dienstag den 23. Mai 1911.

22. Jahrg.

Der Niederbruch der Christlichsozialen.

Wien, 21. Mai.

Der Wahlkampf in Wien hat eine überraschende Wendung angenommen. Die Christlichsozialen unter Luegers Führung sind nicht nur gescheitert, sondern haben einen Niederbruch erlitten, der für die Partei eine unheilvolle Wende bedeutet. Er hat seine Ministerkammer dazu benützt, sich eine unheimlich hohe Pension auszusuchen und für die von ihm vorgeschlagene Pensionshöhe die Pensionshöhe der Pensionshöhe zu erlangen. Er wuchert so prächtig mit seinem Pensionskapital, daß sich das Kapital mit 30 Prozent verzinst. Aber die Partei vernachlässigt einen 30prozentigen Führervertrag? Die Partei vernachlässigt die Bücher und Großhandelswaren? Aber neben Gheymann steht ein anderer, der nicht besser ist. Gener Steiner, der mit seinen Vorschlägen den Voranschlag der Landesirrenanstalt übertrug, von dem ein Wort des Sohnes Gheymanns erzählt wird: er müsse sich duschen, sein Vater könnte Steiner doch ein Wort ins Kriminal bringen. Diehlowlawef ist ein Wort, das Inzerate gegen Bestellungen des Landes ausläßt. Die Worte der Steiner mit unendlichen Schmutzereien. Das alles bricht nun in den Versammlungen heraus. Den Wählern der Partei zeigt sich der nachdrängende Trotz entgegen. Die unglücklichsten Anklagen werden herausgehört, einer nach dem anderen zum Schurken.

Die Parteileitung vermag der Partei keinen gemeinsamen Willen abzuwinden. In den meisten Wahlkreisen stehen drei bis vier Kandidaten der Christlichsozialen einander gegenüber, in mehreren Fällen stellt es die Parteiung den Wählern frei, wenn sie die Stimme geben mögen. Es ist ein Krieg aller gegen alle. Die Gewerbetreibenden, die schon unter Luegers ihre Unzufriedenheit geäußert, haben in den meisten Wahlkreisen selbständige Kandidaturen aufgestellt. Die christlichen Arbeiter haben von der bürgerlichen Mehrheit der Partei bedrängt, sie sollten ihnen statt der sechs nur zwei Kandidaturen stellen. Sie leisten offenen Widerstand. Alle unzufriedenen Elemente sammeln sich aber um das frühere Hauptblatt der Partei, das Deutsche Volksblatt, das gegen Gheymann mit unheimlichen Beschuldigungen ins Feld zieht. Die Zeitung Luegers hat das Unvermeidbare vereint, jetzt streben die Teile auseinander. Die Zeitung hat auch die Kleinbürgerlichen Schichten hart getroffen, sie murrt gegen die Agrarjölle, denen die eigene Partei, zur Gewerbetreibung verhält. Möglicherweise befindet sich der Minister, daß sein Mandat in der Hauptstadt liegt, nicht die Weiskirchner, der mit Ungarn zur Sperrung der Weiskirchner einen Geheimvertrag geschlossen hat, dominiert gegen die Hebertreibungen des Agrarismus. Der Minister des Hauses Patta! mit gar beides, bekämpft in Wien den Agrarismus und verspricht in Salzburg den Agrariern eine bessere Vertretung ihrer Interessen. In der Provinz, wo eine ultraliberale Gruppe mit Absicht droht, bekämpft Gheymann die Unterwerfung unter die Autorität der Bischöfe, in Wien, wo selbst die Christlichsozialen nicht kirchlich heißen können, wird die ultramontane Gesinnung verleugnet.

Dieser innere Zwiespalt in der Christlichsozialen Partei hat die Wahlausichten in Wien mit einem Schlag verändert. Die Sozialdemokraten können in der Hauptstadt nicht mit Sicherheit auf Eroberungen hoffen. Allerdings bleibt es immer zweifelhaft, wie weit der Wahlschwund sich noch das Wahlschicksal der Christlichsozialen zu vergrößern vermag. Es gibt übrigens Provinzen Österreichs, wo größere Leistungen vollbracht. Da ist besonders Galizien zu nennen. Unsere polnischen Genossen haben gestern durch den polnischen Minister des Innern Grafen Bismarck eine Beschwerde eingeleitet. Sie verlangen namentlich die Stimmzettel sollten künftig unausgefüllt den Wählern übergeben werden. Bei den vorigen Wahlen geschah es wohl, daß Regierungskandidaten sich behal durchstamen, weil die Wähler Stimmzettel erhalten hatten mit dem Namen des Kandidaten, von amtlicher Hand aufgedruckt. Hieraus verlangen die Genossen, es möchte der Name und Wahllokal nicht agitiert werden darf, nicht auf die ganze Ortschaft ausgeht werden. Endlich sollte es nicht gestattet werden, die Wählerzeitung in die Wahllokalen zu bringen. Sie zeigt Weiskirchner im galizischen Volksmund. Während das Wahllokal von Gendarmen bewacht wird, „revidieren“ amtliche Helfer die Urne und tauschen die Stimmzettel aus. Dann wird die Urne wieder „amtlich“ versegelt. Der Minister des Innern verspricht, dem Gehege Geltung zu verschaffen. Aber Galizien ist weit und die Regierung ist hoch.

Aus dem Reichstage.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung beendet. Im Reichstag wurde am Montag die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung beendet. Beim sechsten und letzten Durchgang es wie bei den vorausgegangenen Vordern. Alle Versicherungsanträge von der Linken wurden abgelehnt. Die Kompromissanträge und vielfach den Arbeitern unangenehme Bestimmungen über das Sterbenverfahren, wie sie die Kommission

beschlossen hat, fanden eifrige Verteidiger an den sogenannten christlichen Arbeiterführern aller Couleur, dem Protestanten Behrens (Richtung Eißler) und den Katholiken Dr. Fleischer (Richtung Kardinal Ropp) und Veder-Krnsberg (Richtung Antonius Fischer).

Sobald nahm man den Handelsvertrag mit Schweden in erster Lesung vor. Mehr trüb- als tief-sinnig setzte Staatssekretär Delbrück auseinander, daß der Handelsvertrag zwar nicht besonders gut sei, daß man sich aber trösten müsse, er hätte nämlich noch viel schlechter ausfallen können. Die Redner der Volkspartei, der Zentrumspartei und die agrarische Eduardroffel, Roske, zuletzt noch der durch christliche Feindesliebe der Nationalliberalen in den Reichstag geschickte Judenreifer Berner-Giebeln in einer endlosen verlesenen Jungferrede zeterierten mehr oder minder über den Vertrag; ob aber alle Parteien dieser Redner stimmen, da ein Jostkrieg schlimmer ist als selbst ein schlechter Handelsvertrag. In glänzenden Ausführungen zerpfückte unser Fraktionsredner die Heuchelei der Pfistersteinagrarien, die ihre färlische Sorge um den Profit der Steinbruchbesitzer hinter angeblicher Neugier um die Steinbrucharbeiter verfielen. — Die Sitzung, in deren Verlauf Präsident Graf Schwerin teilnehmend des furchtbaren Unglücks bei Paris gedachte, dauerte wieder einmal bis in die späte Abendstunde. Der Handelsvertrag wird an eine Kommission verwiesen, die freilich nichts an ihm ändern kann. Am Dienstag wird Eljah-Lothringen herantommen.

Die negative Arbeit der kapitalistischen Parteien.

Das letzte Buch regelt das Verfahren. Obgleich gerade auf diesem Gebiete sehr viel Wünschenswertes bestanden, stimmten die Kompromissparteien auch hier alle sozialdemokratischen Anträge nieder, die das Verfahren so gestalten wollten, daß die armen, der Unterstützung bedürftigen Arbeiter auch wirklich zu ihrem Rechte kommen könnten.

An der Unfalluntersuchung können die Beteiligten, die rechtzeitig vom Zeitpunkt der Untersuchung benachrichtigt werden müssen, teilnehmen. Die Berufsgenossenschaft kann ihre Vertreter dazu entsenden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zu den Verhandlungen zuziehen, jedoch sind davon diejenigen Personen ausgeschlossen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Hierunter fallen nach der Rechtsprechung auch die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese schwere Schädigung der Arbeiter, denen gerade die sachkundigsten Berater entzogen werden sollen, zu streichen; Abgelehnt von den Kompromissparteien. Die Ortspolizeibehörde stellt den Sachverhalt bezüglich der Verunfallung fest. Auf Antrag der Berufsgenossenschaft oder des Verunglückten oder seiner Angehörigen können Sachverständige zugezogen werden. Die Kosten dafür trägt derjenige, der die Zuziehung von Sachverständigen verlangt.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß mit diesen Kosten nicht die armen Verunglückten Arbeiter belastet, sondern daß die Berufsgenossenschaft zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet werden; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Zeugen und Sachverständige werden bei diesem Verfahren durch die Gerichte vereidigt, und zwar nur dann, wenn die Berufsgenossenschaft dies für notwendig halten, um eine wahre Aussage herbeizuführen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Entscheidung, ob eine Verurteilung notwendig ist oder nicht, nicht den Berufsgenossenschaften, sondern dem Richter überlassen wird, damit die Verunglückten Arbeiter und deren Angehörige unnötige Verurteilungen vermeiden und die von ihrem Standpunkte aus notwendige Verurteilung von Zeugen und Sachverständigen erreichen können; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Gegen den vorläufigen Beschuld der Berufsgenossenschaft bezüglich der zu gewährenden vorläufigen Unterstützung an die Verunglückten oder deren Angehörige kann Einspruch erhoben werden. In diesem Falle muß der Berechtigte persönlich über seinen Anspruch geltend machen, und zwar entweder vor dem Versicherungsamt oder vor dem Vorstand der Berufsgenossenschaft. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Berechtigte unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt gehen; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Findet die Vernehmung vor dem Versicherungsamt statt, so kann das Versicherungsamt sich zu der Sache äußern.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß nach dem Abschluß der Ermittlungen das Versicherungsamt in mündlicher Verhandlung unter Zuziehung von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten über den Anspruch des Berechtigten auf die Unfallunterstützung entscheidet; Abgelehnt von den Kompromissparteien. Wenn eine Dauerrente festgestellt werden soll, dann muß vor dem Versicherungsamt eine mündliche Verhandlung stattfinden. Die Genossenschaft kann sich dabei durch einen Vertrauensmann oder ein Vorstandsmitglied vertreten lassen. Der Verunglückte oder seine Angehörigen dagegen können erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zur Verhandlung zuziehen. Die Vertreter der Genossenschaft und der Beistand des Berechtigten dürfen nicht zu solchen Personen gehören, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Verunglückte oder seine Angehörigen sich durch jeden vertreten lassen könnten, den sie dazu für geeignet halten, also auch durch Arbeitersekretäre oder Gewerkschaftsbeamten; Abgelehnt von den Kompromissparteien. In dem Spruchverfahren vor dem Versicherungsamt, Oberverwaltungsamt und Reichsversicherungsamt entscheidet der Vorsitzende darüber, ob ein ärztliches Gutachten eingeholt wird oder nicht. Verlangt der Verunglückte oder seine Hinterbliebenen ein ärztliches Gutachten und hält der Vorsitzende ein solches nicht für unbedingt not-

wendig, so kann er dem Verunglückten oder seinen Angehörigen die Bedeutung der Kosten auferlegen.

Die Sozialdemokraten wollten aber dem Verunglückten und seinen Angehörigen in allen Instanzen das Recht sichern, daß auf ihr Verlangen ein Gutachten von dem von ihnen bezeichneten Arzt eingeholt wird, falls sie bereit sind, die Kosten in den Fällen zu tragen, in denen sich das Gutachten als nicht notwendig erweisen hat; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes hat die Befugnis, eine Vorentscheidung ohne mündliche Verhandlung abzugeben.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese für die Versicherten sehr gefährliche Bestimmung zu streichen; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In gewissen Fällen kann der Vorsitzende in mündlicher Verhandlung allein entscheiden. Auch dieses Verfahren ist genehmigt, die Arbeiter zu schädigen, und deshalb beantragten die Sozialdemokraten die Streichung; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Das Versicherungsamt kann Bevollmächtigte und Beistände zuzuziehen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben, also auch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte. Diese Personen müssen ausdrücklich zur Vertretung vor den Versicherungsämtern, Oberverwaltungsamt und Reichsversicherungsamt zugelassen werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten ohne weiteres berechtigt sein sollten, vor den Versicherungsbehörden als Vertreter der Arbeiter aufzutreten; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In Sachen der Unfallversicherung ist für die Zuständigkeit des Oberverwaltungsamtes nicht „votum sonit“, der Wohnort des Verunglückten, sondern der Heimatort des Verunglückten maßgebend, an dem sich der Unfall ereignet hat. Diese schwere Bestimmung der berufsgenossenschaftlichen Gesetze, die nicht in diesem Gesetz mochten, wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

In den meisten Unfallversicherungssachen ist der Refus an das Reichsversicherungsamt befähigt worden, so daß das Oberverwaltungsamt als letzte Instanz entscheidet.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese sehr bedenkliche Verschlechterung gestrichen wird; Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterleub.

An demselben Tage, an dem in Bismarck die Vertreter der stärksten bergarbeiterorganisation zu ersten Beratungen zusammenkamen, gelangten auch im preussischen Abgeordnetenhaus Bergarbeiterfragen zur Erörterung. Das Zentrum, das bei der Reichsversicherungsordnung jede Verbesserung niederstimmte, blieb dieser Kritik auch im Dreifachhaus treu und ließ durch seinen „Arbeiterführer“ Jm Busch eine lange Polemik gegen unseren Genossen Leinert vortragen. Dabei hatte sich Leinert in sachkundiger Rede zum Fürsprecher von Forderungen gemacht, die jeder Bergarbeiter, auch wenn er Angehöriger einer christlichen Gewerkschaft ist, unterschreiben mußte. Er kritisierte, daß in der dia-bändigen Denkschrift über die Lage der staatlichen Bergwerke vom Koalitionsrecht der Bergarbeiter mit keinem Wort gesprochen wird, und er gab seinen Eindruck von den Kommissionsverhandlungen, in denen von dieser Frage gleichfalls nicht gesprochen wurde, ganz richtig dahin wieder, als ob eine Kommission von Schachmannern getagt hätte. Leinert und der fortschrittliche Abgeordnete Gehling führten auch die plötzliche Industriefreundlichkeit der Konserverarbeiten auf ihren wahren Grund zurück, nämlich auf den Versuch, die Großindustrie Rheinlands-Westfalens vor den konservativen Wagen zu spannen. Größeres Interesse als den Bergarbeiterfragen wandte das Haus dem Bullenhaltungsgesetz für die Rheinprovinz zu, einem Gesetz, das die sexuelle Frage im Leben des Kindes tief berührt. Der Bedeutung dieses gesetzgeberischen Wertes entsprach die Behandlung, die das Hohe Haus ihm angedeihen ließ. Eine ganze Reihe von Rednern akzeptierte die Vorlage als eine brauchbare Grundlage, äußerte aber Bedenken und Einwände, und so einigte man sich schließlich dahin, eine Kommission von 14 Abgeordneten in Bewegung zu setzen, die über die Rechte und Pflichten eines rheinischen Gemeindefiskus in langen Sitzungen tiefgründig beraten und dem Hause nach entsprechender Zeit einen eingehenden Bericht erstatten wird. Nach dieser Leistung, die vom Herrenhause nicht besser hätte ausgeführt werden können, vertagte sich das Haus gleich auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung steht die freisinnige Interpellation wegen des Russen Dubronski.

Mandatsmüde Reichstagsabgeordnete.

Recht viele Abgeordnete haben bisher schon den Wunsch geäußert, nicht wieder zu kandidieren, darunter auch solche, die schon aufgestellt sind. Von den konservativen werden als mandatsmüde bezeichnet die Abgg. Euen, Dr. Dröschner, Feldmann, v. Stern, v. Bismarck, Kehl. Die Reichspartei stellt zu den Scheidenden die Abgg. Erdbrink, Hohenlohe, v. Dürren, Daeffler, Dr. Reibe, Schlüter, Pauli-Oberbarnim und wahrscheinlich den Herzog zu Trachenberg. Von den Nationalliberalen kommen in Betracht die Abgg. Trautmann, Dr. Weber, Buchlieb, Hagen, Dr. Goerte. Vom Zentrum wollen nicht wieder kandidieren Fritzgen (Rees), Schirmer, Ved-Richard, Dr. Martin Spahn, Frhr. v. Freyher, Herzog v. Arenberg, Liebel, Dr. Pichler, Dr. Schäbler, Dr.